

Der Westen zündelt wieder in Serbien

In Serbien gibt es Unruhen, die serbische Regierung behauptet, sie würden vom Ausland aus organisiert und finanziert. Was ist los in Serbien und wer sind die treibenden Kräfte?

<https://anti-spiegel.ru/2025/der-westen-zuendelt-wieder-in-serbien/>

Anti-Spiegel, 01.02.2025

In Serbien gibt es Unruhen, die serbische Regierung behauptet, sie würden vom Ausland aus organisiert und finanziert. Was ist los in Serbien und wer sind die treibenden Kräfte?

Thomas Röper

Dem Westen ist Serbien unter der Regierung von Präsident Vucic schon lange ein Dorn im Auge, denn die Serben fühlen sich traditionell mit Russland und den Russen verbunden und Vucic weigert sich hartnäckig, bei der anti-russischen Politik des Westens mitzumachen. Bevor wir dazu kommen, wer die aktuellen Unruhen lenkt und was dieses Mal der Zündfunke war, werfen wir einen Blick auf die Versuche des Westens der letzten Jahre, gegen die serbische Regierung vorzugehen.

Der Kampf des Westens gegen Vucic

Ein Hebel, um gegen die serbische Regierung vorzugehen, ist der umstrittene Kosovo. Der fragile Status Quo wurde im sogenannten Abkommen von Brüssel festgeschrieben, aber die kosovarische Regierung verstößt immer wieder gegen die in dem Abkommen geregelte Autonomie der serbischen Minderheit im Kosovo, ohne dass die EU, unter deren Schirmherrschaft das Abkommen ausgehandelt wurde, etwas unternehmen würde.

Ende Mai 2019 hat die kosovarische Regierung [gegen das Abkommen verstoßen](#) und ist mit Spezialeinheiten in die Gebiete der serbischen Autonomie eingerückt, obwohl das in dem Abkommen ausdrücklich untersagt ist. Die EU hat dazu geschwiegen. Das wiederholte sich [2021](#) und [2022](#) und brachte die Region in die Nähe eines neuen Krieges, wobei die EU und der Westen den Kosovo unterstützt und die Verstöße gegen das Abkommen ignoriert haben.

Den serbischen Präsidenten Vucic und seine Regierung bringen solche Provokationen innenpolitisch in Bedrängnis, weil die Mehrheit der Serben die Unabhängigkeit des Kosovo nicht anerkennt und von der serbischen Regierung fordert, den Schutz der Serben im Kosovo zu garantieren.

Der Westen finanziert auch eine prowestliche Opposition in Serbien, die beispielsweise 2023 vorgezogene Neuwahlen gefordert hat, worauf die serbische Regierung sogar einging, weil sie hoffte, dass eine Wahl Ruhe in das Land bringen würde, auf das der Westen vor allem seit Beginn der Eskalation in der Ukraine großen Druck ausübt, sich der antirussischen Front anzuschließen.

Bei den Wahlen fand das bekannte Muster statt und die prowestliche Opposition sprach – natürlich mit Unterstützung des Westens – von Wahlfälschung und es gab Proteste und – ganz nach dem Muster des Maidan – Versuche, [öffentliche Gebäude zu besetzen](#).

Im Sommer 2024 haben westliche Firmen Verträge über den Abbau von Lithium in der Region Jadarit geschlossen. Zuvor war im Juli 2024 eine EU-Delegation unter Leitung von Bun-

deskanzler Scholz nach Serbien gereist, um den Deal vorzubereiten. Es geht um den Abbau 58.000 Tonnen Lithium pro Jahr, was 17 Prozent des europäischen Lithium-Marktes ausmachen würde.

Serbiens Präsident Vucic erhofft sich davon Auslandsinvestitionen in Höhe von sechs Milliarden Dollar, was die größten Auslandsinvestitionen in Serbien der Geschichte wären, und was für das kleine und nicht allzu reiche Land mit etwa 6,6 Millionen Einwohnern sehr viel Geld wäre.

Aber es gab auch Proteste gegen das Projekt, weil die Menschen in der betroffenen Region vor Umweltschäden durch den Lithiumabbau warnen. Im August 2024 kam es zum Showdown, als Demonstranten deswegen wieder einmal den Rücktritt der serbischen Regierung forderten und in Belgrad Straßen blockierten.

Für die EU war das eine Win-Win-Situation, denn einerseits hatte sie sich wichtige Lithiumvorkommen gesichert, andererseits befeuerten von ihr bezahlte NGOs die Proteste gegen den Lithiumabbau in der Hoffnung, die serbische Regierung zu stürzen, was Vucic seinerseits so kommentierte:

„Sie halten mich für dumm, weil sie nicht sehen, wie „laut“ sie im Westen schweigen, wo sie sich über die Öffnung der Minen hätten freuen müssen. Nein, einige Leute dachten, sie könnten zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen: erstens, Vucic aus dem Weg zu räumen, und zweitens, sich das Recht vorzubehalten, Entscheidungen über Jadarit zu treffen.“

Die aktuellen Proteste

Am 1. November stürzte das Vordach des frisch restaurierten Bahnhofs in der Stadt Novi Sad ein, wobei 15 Menschen ums Leben kamen. Unmittelbar danach begannen wieder Proteste gegen die Regierung, dieses Mal wegen des Vorwurfs der Korruption. Laut Medienberichten wurde das Vordach bei der Restaurierung als einziger Teil des Gebäudes nicht restauriert.

Die Demonstranten forderten die Bestrafung der Schuldigen und sie begannen mit der Zeit, vier Forderungen zu stellen: den Rücktritt von Ministerpräsident Vucetić und des Bürgermeisters von Novi Sad, die Offenlegung angeblich vorhandener geheimer Vereinbarungen im Zusammenhang mit der Restaurierung des Bahnhofs, die sofortige Verhaftung aller Verantwortlichen sowie die Freilassung aller während früherer Proteste Festgenommenen und die Kontrolle über alle Infrastrukturprojekte, die in den letzten Jahrzehnten gebaut wurden.

Am 28. Januar kam der serbische Ministerpräsident der Forderung der Demonstranten nach und kündigte seinen Rücktritt an. Westliche Medien wie der Spiegel erwähnten die Tatsache, dass der Ministerpräsident bei seiner Erklärung mitteilte, die Proteste seien aus dem Ausland gesteuert, bestenfalls am Rande.

Das erklärte am 1. Februar auch Präsident Vucic:

„Es ist nicht einfach, ein Land zu regieren und dabei unabhängig und eigenverantwortlich Entscheidungen zu treffen. Ich habe oft gesagt, dass, wenn man nicht den Befehlen ausländischer Mächte gehorcht, wenn man sein Land frei führen will, wenn man selbst Entscheidungen im Interesse seines Volkes und nicht im Interesse der Großmächte trifft, wird früher oder später der Moment kommen, in dem diese alles versuchen werden, einen zu stürzen. Aber das Problem ist nicht, dass sie mich absetzen wollen. Das Problem ist, dass sie Serbien zerstören wollen. Und was wir in den letzten Monaten erlebt haben, ist ein direkter Versuch ausländischer Geheimdienste, unser Land zu destabilisieren.“

Also müssen wir uns anschauen, ob das nur eine bloße Behauptung ist, oder ob die serbische Regierung dem Westen die Vorwürfe zu Recht macht. Schauen wir uns also die NGOs an, die Proteste in Serbien unterstützen und wer sie finanziert und lenkt.

Zentrum für investigativen Journalismus

Eine NGO, die die Proteste auf ihrer Seite und [auf Facebook](#) und anderen sozialen Netzwerken unterstützt, ist das sogenannte serbische Zentrum für investigativen Journalismus. Auf deren [Seite](#) kann man auch erfahren, wer dieses angeblich so unabhängige Zentrum finanziert und damit auch lenkt.

Sie nennen dabei zwei Organisationen. Die eine ist das amerikanische [Global Investigative Journalism Network \(GIJN\)](#), dessen lange Mitgliederliste ein regelrechtes Who-is-Who der westlichen Propaganda-Industrie ist. Dazu gehören unter anderem [Bellingcat](#), [correctiv](#), [n-ost](#) oder auch OCCRP (dazu gleich mehr). [Finanziert wird das GIJN](#) von den üblichen Verdächtigen der amerikanischen Oligarchen-Stiftungen, beispielsweise von Soros, dessen Stiftung das GIJN einen hervorgehobenen Dank ausspricht.

Das zweite Netzwerk, das das Zentrum auf seiner Seite als Partner nennt, ist das Organized Crime and Corruption Reporting Project (OCCRP). Das OCCRP wurde 2006 gegründet, um Organisierte Kriminalität und Korruption aufzudecken. Das klingt seriös, aber schauen wir uns einmal an, wer es finanziert.

Wenig überraschend liest sich die [Liste der Finanziere des OCCRP](#) auch wieder wie ein Who-Is-Who der Transatlantiker und der westlichen Oligarchen-Stiftungen, die sich auf Regimechanges und Farbrevolutionen spezialisiert haben. Unter anderem sind dabei: Das britische, dänische und US-amerikanische Außenministerium, USAID, das National Endowment for Democracy (NED), Rockefeller, der Sigrid Laussen Trust und natürlich die Open Society Foundation von George Soros. Über das OCCRP habe ich schon in anderen Zusammenhängen im Detail berichtet, ein Beispiel inklusive Erläuterungen zu seinen Finanzierern finden Sie [hier](#).

Wenn die serbische Regierung dem Zentrum für investigativen Journalismus vorwirft, vom Westen gesteuert zu sein, ist das also kaum von der Hand zu weisen.

KRIK

Eine weitere serbische NGO, die die Proteste auf ihrer Seite unterstützt, ist [KRIK](#), die sich als „Crime and Corruption Reporting Network“ bezeichnen. Auch auf deren Seite werden die Proteste gegen die serbische Regierung nach Kräften unterstützt. Als Partner [nennt KRIK auf seiner Seite](#) auch das OCCRP, außerdem das National Endowment for Democracy (NED), die Open Society Foundations, Rockefeller Brothers Fund, Civil Rights Defenders, die Heinrich Böll Stiftung der Grünen und die EU.

[USAID](#) ist eine US-Regierungsbehörde, deren offizielle Aufgabe es ist, US-Konzernen Absatzmärkte und den Zugang zu Bodenschätzen in anderen Ländern zu öffnen. Dafür hat USAID ein jährliches Budget in Milliardenhöhe, um „unabhängige Medien“ zu finanzieren, die die Linie der US-Politik unterstützen. Darüber habe ich gerade im Zusammenhang mit der Ukraine berichtet.

Das [National Endowment for Democracy \(NED\)](#) ist eine von der US-Regierung gegründete, finanzierte und gelenkte Organisation, die gegründet wurde, um in anderen Ländern pro-amerikanische Putsch durchzuführen. Der Gründer des NED sagte Anfang der 90er Jahre in einem [Interview](#), das NED tue das, „was vor 25 Jahren die CIA verdeckt getan hat“, also pro-amerikanische Putsch zu organisieren.

Auch bei KRIK kann man den Vorwürfen der serbischen Regierung, die Organisation sei aus dem Westen gelenkt, kaum widersprechen, zumal KRIK explizit USAID und das NED nennt, die auf die Organisation proamerikanischer Putsch spezialisiert sind.

BIRN

Eine weitere NGO, der die serbische Regierung vorwirft, die Proteste zu unterstützen, ist BIRN, die sich als „Balkan Investigative Reporting Network“ bezeichnen. Die [Liste deren Partner](#) ist sehr lang und umfasst unter anderem KRIK, das GIJN, den ukrainischen Radiosender Hromadske, der extra für den Maidan mit ausländischen Geld gegründet wurde, Istinomer (dazu gleich mehr), und diverse westliche Medien wie die BBC oder US-Staatssender Voice of America.

Auch die [Liste der Finanziere von BIRN](#) ist sehr lang und umfasst unter anderem britische, niederländische, norwegische, luxemburgische, schwedische und US-amerikanische Botschaften, die EU, Freedom House, die Konrad Adenauer Stiftung, natürlich wieder das NED und USAID, Soros und Rockefeller.

Auch BIRN ist also eine komplett vom Westen finanzierte und gelenkte Organisation.

CRTA

Die nächste NGO, die die Proteste auf ihrer Seite unterstützt, ist CRTA, die sich als „Center for Research, Transparency and Accountability“ bezeichnen. Als [Partner nennt das CRTA](#) auf seiner Seite unter anderen Schweden, Kanada, Großbritannien, Rockefeller und natürlich wieder USAID und das NED.

Ich wiederhole mich, aber auch CRTA ist also eine komplett vom Westen finanzierte und gelenkte Organisation.

Istinomer

Die nächste NGO, der die serbische Regierung vorwirft, die Proteste zu unterstützen, ist [Istinomer](#), die sich als „Faktenchecker“ bezeichnen. [Istinomer gibt auf seiner Seite](#) als Finanzier nur die EU an, behauptet aber, sie würden nicht zwangsläufig die Positionen der EU vertreten.

Als Partner nennt Istinomer auf seiner Seite das „Europäische Faktchecker Netzwerk“ EFCSN, in dem sich eine [lange Liste selbsternannter Faktenchecker zusammengeschlossen](#) hat und das [laut eigenen Angaben](#) ausschließlich von der EU-Kommission finanziert wird.

Der zweite Partner, den Istinomer nennt, ist das [IFCN-Programm von Poynter](#), das sich quasi als weltweite Dachorganisation der selbsternannten Faktenchecker bezeichnet. Darüber und über die Finanzierung von Poynter, die wieder von den schon genannten, üblichen Verdächtigen kommt, habe ich oft berichtet. Die sehr interessanten Details darüber, wer im Westen mit wessen Geld entscheidet, was „Fakten“ und was „Fakes“ sind, finden Sie [hier](#).

Auch auf die Gefahr hin, dass die Wiederholungen langweilig werden, aber auch Istinomer ist eine komplett vom Westen finanzierte und gelenkte Organisation.

Fazit

Die Liste der NGOs, die die serbische Regierung beschuldigt, hinter den Protesten in Serbien zu stehen und eine Farbrevolution zu planen, ließe sich fortsetzen und man findet immer das gleiche Muster.

Das ist das bekannte Muster des Westens, mit dem die Öffentlichkeit in die Irre geführt wird: Es tritt eine Unmenge an Experten, Bloggern, Influencern, Medien, NGOs und so weiter auf, die alle die gleiche Meinung haben und der Mensch ist nun einmal so gestrickt, dass er dazu neigt, sich einer so eindeutigen Mehrheit anzuschließen und deren Narrative für wahr zu halten.

Dass hinter dieser Unzahl in Wahrheit immer die gleiche, sehr kleine Anzahl von Finanziers bestehend aus westlichen Staaten und westlichen NGOs und Stiftungen steht, muss die Öffentlichkeit ja nicht wissen.

Der serbische Präsident Vucic hat die Vorgänge vor kurzem wie folgt [kommentiert](#):
„Ich habe drei Tage lang untersucht, wie viel Geld an verschiedene gemeinnützige Organisationen in unserem Land geflossen ist – es sind Rekordsummen. Ich habe sogar scherzhaft vorgeschlagen, sie als ausländische Direktinvestitionen zu verwenden.“

Übrigens kann man das sogar an den verwendeten Symbolen erkennen, denn die sind praktisch immer die gleichen, wie ich [hier](#) aufgezeigt habe. Es ist entweder eine geballte Faust oder, seit dem versuchten Guaido-Putsch in Venezuela, eine offene Hand. In Serbien sieht das aktuell so aus:



In Venezuela sah das Symbol vor einigen Jahren übrigens so aus:



Die EU ist ihren Zielen in Serbien näher denn je

RT-deutsch, 01.02.2025

<https://de.rt.com/europa/235035-eu-ist-ihren-zielen-in-serbien/>

Eine weitere Serie von Massenprotesten in Serbien gegen Präsident Aleksandar Vučić ist näher denn je am Erfolg, dieser will dem Druck aber nicht weichen. Die Demonstranten legten noch nie eine solche Heftigkeit an den Tag. Gleichzeitig führen ihre EU-Beschützer ein besonders hartes und schmutziges Spiel.

Von Dmitri Bawyrin

Am 1. November ereignete sich in der zweitgrößten Stadt und "Kulturhauptstadt" Serbiens, Novi Sad, eine Tragödie, als das Vordach des Bahnhofs auf den Bürgersteig stürzte, wobei zwei Menschen verletzt und 15, darunter ein sechsjähriger Junge, getötet wurden. Die Tragödie wurde dadurch besonders skandalös, dass der dreijährige Wiederaufbau des Gebäudes wenige Monate vor dem Einsturz beendet worden war und seine Ausführung als "halbherzig" kritisiert wurde: Die "müde" Struktur wurde nicht ausreichend renoviert.

Drei Monate später brach aufgrund des dominoartigen Zusammenbruchs des Vordachs auch die Exekutive des Landes zusammen. Unter dem Druck der Demonstranten trat Ministerpräsident Miloš Vučević zurück, der ehemalige Bürgermeister von Novi Sad. In den kommenden Tagen wird Serbien entweder einen neuen Ministerpräsidenten haben oder vorgezogene Wahlen ankündigen, während die Studenten, die in den letzten Tagen verhaftet wurden und das Rückgrat der Protestgruppen bildeten, nach Hause entlassen werden. Dies ist die Entscheidung von Präsident Aleksandar Vučić, die er in einer besonderen Ansprache an die Nation bekannt gab.

Ziel Nummer eins

Formal sind nun alle Forderungen von Zehn- und sogar Hunderttausenden von Menschen erfüllt, die seit November in den Großstädten demonstriert haben. Und dies ist keineswegs eine vollständige Liste dessen, was erfüllt wurde, sondern nur die wichtigsten Punkte. Das heißt aber nicht, dass sich die Demonstranten morgen als Sieger fühlen und zufrieden sein werden. Das Ziel der Proteste ist der Sturz Vučićs, und dieser versteht das sehr gut. Alles andere in dieser Angelegenheit sind Umstände und Vorwände.

Das Tückische an der Situation ist, dass Serbien eine parlamentarische Republik ist, in der die Macht bei der Regierung und der Partei liegt, die die Wahlen gewonnen hat. Der Präsident hat dort nicht wie in Russland, den Vereinigten Staaten oder Frankreich, sondern wie in der Tschechischen Republik oder Italien fast keine Befugnisse.

Gleichzeitig ist allen klar, dass Vučić der uneingeschränkte Herr der Republik ist, der die politische Situation dort unabhängig von seinem Amt kontrollieren wird. Das passiert manchmal mit charismatischen Führern (Libyens Muammar Gaddafi hatte in seiner Glanzzeit überhaupt kein Amt inne), und es passiert besonders oft auf dem Balkan. Das benachbarte Montenegro zum Beispiel lebte 30 Jahre lang unter einem unangenehmen Mann – Milo Đukanović.

Vučić galt schon 2012 als derjenige, der alles entscheidet, als der jetzige Präsident noch Verteidigungsminister war.

Vučićs persönliche Talente haben dazu beigetragen und werden es auch weiterhin tun. Er ist ein wirklich herausragender Politiker: geschickt, gerissen, gewandt, flexibel, gewitzt und in der Lage, mehrere Spiele auf einmal zu spielen. Er war Slobodan Miloševićs ehemaliger Propagandaminister und führt Serbien nun in die Europäische Union, wobei er während seiner außergewöhnlichen Karriere viele Feinde in verschiedenen Ländern zu Grabe getragen hat.

Diese Position ist sehr eindeutig. Alle, die sich eine Veränderung in Serbien wünschen, verbinden deren Beginn natürlich mit dem sofortigen Rücktritt Vučićs von allen Ämtern.

Es gibt Gründe für den Wunsch nach Veränderung. Trotz der Erfolge von Vučić ist Serbien immer noch ein unruhiger Staat, arm und mancherorts ziemlich rückständig, was die Infrastruktur angeht. Das dritte Problem prägt die Aktivitäten der Opposition in besonderer Weise – sie ist eher städtisch geprägt. Intellektuelle, liberale Aktivisten und von der EU finanzierte Nichtregierungsorganisationen scharen sich um das Thema "komfortables städtisches Umfeld". Sie alle vertreten seit Langem die Auffassung, dass die serbischen Städte verfallen, weil die Beamten angeblich Gelder für Verbesserungen veruntreuen, und dass diese Veruntreuung geschieht, weil Vučić sie deckt. Auf ihn!

So entpuppte sich die Tragödie mit dem Bahnhof als eine Erinnerung an alles, was mal schief lief. Zu den traditionellen Vorwürfen des Diebstahls gesellte sich der Geschmack von Blut.

Die ersten Forderungen der Demonstranten waren verständlich und natürlich – die Veröffentlichung der Projektunterlagen und die Bestrafung der Verantwortlichen. Die Behörden widersetzten sich dem nicht, aber als die Forderungen erfüllt waren, begannen die "Korrekturen" – es seien falsche Dokumente, falsche Schuldige.

Je mehr Belgrad Zugeständnisse machte, desto größer wurden die Proteste. Ende November wurde der (inzwischen ehemalige) serbische Bauminister Goran Vesić verhaftet, woraufhin die Demonstranten vorübergehend Fahrbahnen blockierten. Dem Rücktritt von Ministerpräsident Vučević und dem Bürgermeister von Novi Sad Milan Đurić ging ein von Vučićs Gegnern als "landesweiter Streik" bezeichneter Protest voraus (die mit der Regierung Unzufriedenen erschienen unter verschiedenen Vorwänden nicht an ihren Arbeitsplätzen). Am Tag nach den Rücktritten gingen noch mehr Menschen auf die Straße, um Druck auf Vučić auszuüben.

Auch sein Appell hat keine sichtbaren Veränderungen gebracht. Die Studenten haben versprochen, am ersten Februartag die Brücken in Novi Sad zu blockieren, die sie zu Fuß erreichen wollen (der Boykott der Eisenbahn ist ebenfalls Teil des Protests). Bereits am Freitag sollen die ersten Gruppen dazu aus Belgrad aufbrechen.

Ein ganz besonderer Protest

In Russland, für das die Erfahrung mit Farbrevolutionen auch in anderen Ländern ziemlich traumatisch war (allein die Ukraine ist erwähnenswert), gibt es in den Medien und Blogs viele Expertenmeinungen, dass Vučić das Ziel verfehlt habe, als er mit der Menge mitging, und nun habe die Menge seine Schwäche gespürt. Solche Ratschläge zeugen von Unkenntnis der Besonderheiten des Balkans: Straßenproteste sind in Serbien und seinen Nachbarländern ein übliches Mittel, um bei jeder Gelegenheit Dampf abzulassen, und Versuche der Behörden, auf der Straße "hart durchzugreifen" oder zumindest Verwaltungsgebäude mit Zäunen abzuriegeln, werden schmerzlich wahrgenommen.

Oft erfüllen die Behörden die Forderungen von Großdemonstrationen, wenn sie inhaltlich formuliert sind und nicht einfach jemandes Sturz fordern. Selbst Milošević tat dies im Falle der Massenproteste von 1996 bis 1997, die aufgrund ihres Ausmaßes und der führenden Rolle der Studenten mit den aktuellen verglichen werden. Milošević blieb damals standhaft – erst die Niederlage im Krieg und die Bombardierung Belgrads brachten ihn zu Fall. Im modernen Serbien sind große Proteste zwei- oder dreimal im Jahr die Regel. Jeder von ihnen kann

als Versuch eines "Maidan" betrachtet werden, und jeder richtet sich persönlich gegen Vučić. So endete das Jahr 2024 nicht nur mit oppositionellen Gärungen, sondern begann auch mit ihnen (im Dezember und Januar war der formale Grund angebliche Fälschungen bei den Parlamentswahlen, die niemand beweisen konnte). Und zwischen diesen Ereignissen – im Sommer – forderte der Maidan, die Erschließung von Lithiumvorkommen wegen der Bedrohung der Tierwelt zu stoppen – und die Erschließung wurde tatsächlich für anderthalb Jahre ausgesetzt.

Generell ist dies im Leben von Vučić nicht der erste Versuch eines "Maidan" und auch nicht der zehnte: Er ist in dieser Hinsicht ein erfahrener Mann, vielleicht der erfahrenste der Welt. Und wenn er zum zwanzigsten Mal auf eine gewaltsame Auflösung gesetzt hätte, was er noch nie getan hat, wäre das in der Tat als Zeichen extremer Schwäche gewertet worden. Dann wäre der Präsident sicherlich dem Untergang geweiht gewesen.

Ob er nun dem Untergang geweiht ist, ist eine offene Frage. In allen früheren Fällen konnte man getrost Vorhersagen machen wie "Sie werden Lärm machen und sich zerstreuen" und lag nie falsch. Auf dem Balkan gehören Straßenproteste zum Rhythmus des Lebens an der Schnittstelle von Politik und Unterhaltung.

Aber dieses Mal machen drei Umstände das Bild komplizierter. Sogar zu kompliziert, um sich keine Sorgen um Vučić zu machen.

Erstens sind die Proteste nicht nur überfüllt, sondern auch langwierig. Normalerweise gehen solche Serienveranstaltungen schneller zu Ende.

Zweitens verspüren die Demonstranten eine noch nie dagewesene Wut, und die Gesellschaft ist Vučić überdrüssig. Seit seiner ersten Amtszeit als Ministerpräsident und dann als Präsident (insgesamt 14 Jahre) haben sich viele Beschwerden über ihn angesammelt.

Schließlich will irgendjemand unbedingt, dass sich die Leidenschaften bis zum Äußersten erhitzen. Ein gewisser "letzter Tropfen", nach dem die Regierung abgesetzt wurde, war der Angriff Unbekannter auf eine Gruppe von Aktivisten, die brutal zusammengeschlagen wurde. Die Behörden wurden sofort für den Angriff verantwortlich gemacht, und die Geschehnisse erinnerten zu sehr an die Ereignisse von 2013 bis 2014 in Kiew: Als der ukrainische Maidan sich aufzulösen drohte und auf eine Zeltstadt von Studenten schrumpfte, wurden diese Studenten mit demonstrativer Brutalität zusammengeschlagen, woraufhin sich die Lage um das Zehnfache verschlimmerte. Später stellte sich heraus, dass diese "Einschüchterungsaktion" von Wiktor Janukowitschs Präsidentschaftschef Sergei Ljowotschkin organisiert worden war, einem Doppelagenten, der zu diesem Zeitpunkt bereits für die Opposition und den Westen tätig war.

Im serbischen Fall wurden die Angreifer jedoch gefasst. Nun wird nach den Hintergründen und Motiven der Täter ermittelt.

Der verderbliche Einfluss des Westens

Die serbischen Proteste werden aus dem Ausland finanziert und unterstützt. Dessen sind sich sowohl Vučić als auch Vučević sicher, ebenso wie praktisch alle Kommentatoren der Ereignisse aus Russland. Aber wo genau aus dem Ausland – hier unterscheiden sich die Meinungen, wie man so sagt.

Vučić selbst hat auf Kroatien und die Albaner in Pristina angespielt. Er muss es besser wissen, aber eine solche Beschuldigung wirkt zu ähnlich wie die Situation, in der Polen und die baltischen Staaten ihre Gegner bei jeder Gelegenheit beschuldigen, für Russland zu arbeiten.

In Russland ist es üblich, die Vereinigten Staaten für die "Maidans" und die Versuche, solche durchzuführen, verantwortlich zu machen, aber dieses Mal lässt sich für die Vereinigten Staaten eine Rechtfertigung finden. Serbische Nichtregierungsorganisationen gehören zu denjenigen, denen der neue US-Präsident Donald Trump die Finanzierung für drei Monate eingefroren hat. Und sein Sondergesandter Richard Grenell, der während Trumps letzter Amtszeit für den Balkan zuständig war und sich dort einen Namen gemacht hat, äußerte bereits die Meinung, dass die Demonstranten einen kühlen Kopf hätten bewahren und nicht das Unmögliche fordern sollen.

Aber EU-Kommissare und EU-Kommissarinnen in verstaubten Helmen – ja, sie könnten daran beteiligt sein. Und es ist beschämend, etwas zu vermuten, wenn man sich eigentlich ganz sicher ist.

Militante Urbanisten und professionelle "Unzufriedene" aus Serbien hängen von Brüsseler Geldern wie von Heroin ab. Und die Europäische Kommission hat in letzter Zeit mehr als einmal gezeigt, dass für sie die Regeln des Anstands gegenüber illoyalen Ländern der europäischen Peripherie nicht mehr gelten.

Sie können für ihren Kandidaten werben und gegen dessen Gegner vorgehen (wie in Moldawien). Sie können die Wahlergebnisse annullieren, wenn das Volk trotz allem "falsch" gewählt hat (wie in Rumänien). Sie können offen für einen Putschversuch werben, wenn die Wahl nicht gewonnen und das Ergebnis nicht annulliert wurde (wie in Georgien).

Es ist also an der Zeit, Klartext zu reden: Brüssel versucht, Vučić loszuwerden. Allerdings versucht Brüssel systematisch, Vučić abzusetzen, und unterstützt die Versuche eines "Maidan" in Serbien. Warum dieser spezielle Versuch nach einem Dutzend dienstlichen Fehlschlägen theoretisch vielversprechend aussieht, ist immer noch ein Rätsel.

Eine Revolution – ob unblutig oder blutig – kann nicht einfach gekauft werden, sonst gäbe es dutzendfach mehr davon. Der "Export von Maidans" ist nur dann erfolgreich, wenn viele innere Umstände reif für einen Putsch sind.

Deshalb rennen sie in Georgien, das auch voller europäischer Agenten ist, jetzt ohnmächtig mit der Stirn gegen die Wand: Dort sind die Umstände nicht reif dafür. In Serbien hingegen kann man nicht garantieren, wofür die Umstände reif sind und wofür nicht.

Wenn das ein Grund zum Wetten ist, sollte man aber dennoch lieber auf Vučić als einen außergewöhnlichen und konstant erfolgreichen Spieler setzen. Aber die Politik ist ein Sport, den nur wenige Menschen unbesiegt verlassen.